Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" u. „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags, Festtags u. Montags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", 14tägig Donnerstags „Haus Hof Garten", jeden Freitag Wigblatt „U.L.K.". Wen abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens u. Bulgariens; für alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Exped. d. Blatt. möglich. Bezugspreis: Durch die Post monatl. 12,50 M. ausschl. Zustellungsgebühr, Ausland ausschl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatlich 15.— M. bei tägl. zweimaliger Zustellung durch Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatlich für das Inland 25.— M. u. Ausland 40.— M. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Berlin u. Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für den Fernverkehr Nr. 14307—14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile M. 5.— u. 70 % Zuschlag. Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen M. 4.— die Zeile, Nachrufe u. übl. Tarif. Ausl.-Inf. 300 % Zuschl. Inser.- u. Abonn.-Ann. in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerus. Str. 46/49. Filialen: Leipz. Str. 105; Potsd. Str. 35; Zimmerstr. 56; Königgrätzer Straße 56/57; Rosenth. Str. 48; Schönh. Allee 144; Mortzplatz; Köpen. Str. 67/68; Rathen. Str. 3; Turmstraße 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1/6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottbg.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 89; Nürnb. Str. 25/26; Kaiserd. 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Hennlettenplatz; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 63/64; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Vorbholm. Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 254 • Ausgabe A Nr. 138
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 254

Mittwoch, 2. Juni 1920
49. Jahrgang

Die finanzielle Leistungsfähigkeit Amerikas.

Neue Warnung vor optimistischen Erwartungen.

Erklärungen des New-Yorker Bankiers Otto Kahn.

Von unserem Korrespondenten
Vlondre.

Haag, 31. Mai.

Der bekannte Bankier Otto Kahn aus New-York, der gegenwärtig in London weilt, hat sich in den „Times" über die Fähigkeit Amerikas, Europa Kredite zu gewähren, ausgesprochen. Er hat erklärt, daß Amerika noch ein junges Land sei, das selbst in ungeheurem Umfang und wachsend Geld für seine Industrie brauche. Die Ausgaben Amerikas im Kriege betrugen 23 Milliarden Dollar für Kriegsrüstungen, 10 Milliarden Dollar für Anleihen an die alliierten Mächte. Rückkauf amerikanischer Papiere im Ausland und große Bankkredite in den alliierten Ländern erforderten mindestens weitere 10 Milliarden Dollar, 43 Milliarden Dollar im ganzen seien selbst für ein reiches Land wie Amerika ungeheuer, besonders nach dem großen industriellen Aufschwung seit 1915. Der „kleine Geldanleger", der in Europa durch massenhaftes Auftreten in allen Kapitalbeschaffungsfragen eine so große Rolle spielt, habe in Amerika verhältnismäßig sehr wenig Bedeutung. Vorhandenes Geld werde möglichst ins eigene Geschäft gesteckt. Feste Zinseneinnahmen finde man nicht verlockend. Daher die verhältnismäßig geringe Liquidität des amerikanischen Reichtums. Außerdem seien in Amerika sehr viel verlockende Kapitalsanlagen vorhanden und geringes Interesse für das Ausland, entsprechend der ziemlich geringen Kenntnis der Auslandsverhältnisse.

Herr Kahn bestätigt dann, daß vor dem Kriege nicht mehr als viermal hunderttausend einzelne Besitzer festverzinslicher Papiere (Bonds) in Amerika vorhanden waren, bei einer Bevölkerung von 112 Millionen! Es gebe jetzt mehr Besitzer solcher Papiere, weil aus Patriotismus Kriegsanleihen gekauft worden seien. Die vierhunderttausend Besitzer von festverzinslichen Papieren sind sämtlich Leute mit bedeutendem Einkommen. Selbst diese Klasse habe sich aber neuerdings von derartigen Kapitalsanlagen zusehends zurückgezogen, und zwar aus zwei Gründen. Erstens habe die sehr schwere Einkommensteuer, die sich zwischen 4 und 73 Prozent bewegt, die sogenannten Ueberschußeinkommen sehr verkleinert. Die hohen Einkommen seien achtzehnmal höher als die niedrigen besteuert, und das wolle doch etwas sagen. Nun seien die staatlichen, kommunalen, überhaupt alle öffentlichen amerikanischen Interessen dienenden Bonds steuerfrei. Dadurch werde aber das Interesse von den entsprechenden Auslandspapieren abgelenkt. Die Folge von dem allen sei, daß der Kapitalanlagenmarkt in Amerika „erheblich verkrüppelt" sei. Die Banken seien durch die Bankgesetzgebung und die gebotene Vorsicht sehr erheblich in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und überhaupt nicht imstande, die jetzige Nachfrage nach Krediten vom Inland und Ausland zu befriedigen. Kahn erwartet eine Aenderung dieses Zustandes nur bei einer anderen Steuerpolitik, welche die individuelle Kapitalbildung wieder ermöglichte. Amerika könne jetzt nicht für die Welt das leisten, was man von ihm erwarten müßte. Herr Kahn fügt hinzu, man habe geglaubt, daß London von New-York als Bankzentrum überflügelt werde. Weder habe sich diese Annahme bewahrheitet, noch wäre das erwünscht, noch werde es dazu kommen. Die Weltstellung Londons sei das Ergebnis psychologischer geographischer und wirtschaftlicher Faktoren. Das britische Volk habe seine Qualitäten unerschüttert behalten, trotz der Anstrengungen des Krieges. Amerika werde England nicht überflügeln, sondern ergänzen. Es sei genügend Raum für die Tätigkeit beider vorhanden.

In London machen diese Mitteilungen großen Eindruck. Es ist merkwürdig, daß immer wieder von neuem darauf hingewiesen werden muß, daß Amerika als Geldgeber durchaus nicht in dem Umfange in Betracht kommt, in dem das von den verschiedensten Seiten immer wieder gehofft wird. Während der Friedensverhandlungen hat allerdings Amerika verschiedentlich den Eindruck erweckt, als ob es den Wiederaufbau Europas tatkräftig unterstützen könne. Schon damals ist das in Zweifel gezogen worden, und, wie sich jetzt immer mehr herausstellt, mit Recht. Europa wird sich im wesentlichen selbst helfen müssen, vor allen Dingen durch unerbittliche Sparsamkeit der Regierungen, durch Arbeit und durch Verständnis für die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge.

Die drei Gefahren.

Der deutsche Bürger und der Bolschewismus.

Von [Nachdruck verboten.]
Professor Dr. M. J. Bonn.

Von allen Seiten schrecken heute Schilderungen der bolschewistischen Gefahr das Bürgertum. Sie entstammen manchmal sicher trüben Quellen. Sei es, daß die Radikalen verängstigte Gemüter, mit der Größe der Gefahr schrecken wollen, sei es, daß die Reaktionären sich in empfehlende Erinnerung dadurch bringen wollen, daß sie dem zu bekämpfenden Feind unheimliche Macht zuschreiben. Dabei muß man aber zugeben, daß in der Tat eine bolschewistische Gefahr besteht. Nur liegt sie vielfach anderswo als man sie sucht.

I.

Die bolschewistische Gefahr ist in dreifacher Form vorhanden. Es gibt zweifelsohne starke kommunistische Kreise, die die Massen der kommunistischen Ideologie zu gewinnen suchen, und es ist nicht zweifelhaft, daß sie vielfach Erfolg haben. In einer Zeit, wo alles in Stücke geht, wo die meisten, die klar sehen, einer freudlosen Zukunft entgegengehen, ist es begreiflich genug, daß diejenigen Gehör finden, die das Kommen des tausendjährigen Reiches verheißen. Wenn man nur den Mut hat, radikale Mittel anzuwenden und alles Bestehende niederzureißen. Die Vorstellung, die die Dilettanten der Münchener Räterepublik so oft zum Ausdruck brachten, man müsse das baufällige Haus ganz niederlegen, ehe man an den Aufbau denken könne, wirkt in ihrer naiven Bildlichkeit auf viele. Dazu kommt, daß in einer Zeit des immer breiter werdenden Elends die Masse, die immer tiefer in die Not versinkt, zwar wenig Glauben an eine Besserung hat, daß aber ihre primitiven Gerechtigkeitsinstinkte befriedigt werden, wenn alles auf den gleichen Tiefstand herabgedrückt wird.

Es ist schwer, den Umfang und die Tiefe dieser Bewegung abzuschätzen, es ist aber nicht wahrscheinlich, trotz aller kommunistischen Putsche, daß sie allzusehr ins Breite geht. Die deutsche Ideologie hat nur in wenigen Köpfen die zielbewußte Kraft, die die Welt der Tatsachen einem einzigen Gedanken unterordnen will. Sie begnügt sich meist mit dem Bestreben, ein Bild der Wirklichkeit zu machen, das losgelöst von den Tatsachen ist. Sie ist zielbewußt nur, soweit sie Gedanken und Gefühle betrifft, nicht wenn es ans Handeln geht. Sie ist weit eher nicht sehen wollende Romantik als fanatischer verwirklichungsdurstiger Doktrinarismus.

II.

Weit verbreiteter als die kommunistische Doktrin ist die bolschewistische Methode. Der Bolschewismus will das tausendjährige Reich auf Erden mit Gewalt verwirklichen. Er ist der Feind der formalen Demokratie, nicht nur, weil die zielbewußte Minderheit die stumpfe Mehrheit gegen sich hat, sondern weil das Prinzip der Herrschaft der Mehrheit sich im Parlamentarismus verkörpert. Der Parlamentarismus ist nicht Demokratie, — der aristokratische Parlamentarismus ist weit älter als die moderne Demokratie —, sein Wesen ist vielmehr Lösung der Konflikte durch Verhandlung und Verständigung. Der Bolschewismus sieht in ihm eine Methode langsamer und langweiliger Abwicklung, die er verachtet. Er will keine Verständigung, er will Gewalt, physische oder wirtschaftliche. Er ist himmelweit von den kommunistischen Schwärmern verschieden, die auf ein Kommen des tausendjährigen Reiches erst dann hoffen, wenn die Mehrheit der Menschen sich zu ihren Ideen bekannt haben wird. Darin ist der Bolschewismus ein Kind des Weltkrieges. Er bedeutet nichts anderes, als daß die Methoden der Vernichtung, die im Krieg Volk gegen Volk angewendet hat, nun im Innern von einem Volksteil gegen den anderen geübt werden. Während man erhoffte, daß als einziges Ergebnis des Krieges, das die furchtbaren Opfer einigermaßen erträglich machen würde, ein Völkerbund entstehen würde, der Außenkonflikte auf dem Wege der Verständigung lösen soll, ist jetzt ein Rückfall in den Zustand vergangener Tage eingetreten, bei dem die Fragen der inneren Politik nicht länger durch Verständigung in der parlamentarischen Schwatzbude, sondern durch Handgranaten und Maschinengewehre in hauptstädtischen Drahtverhauen entschieden werden sollen.

Dieser Hang zur Gewalt ist nicht bolschewistische Eigenart. Er spricht sich im Münchener Geiselmord ebensosehr aus, wie in den Attentaten gegen Auer, Eisner und Erzberger; er steckt ebensosehr im Kappschen Putsch drinnen, wie in den Taten der Roten Armee und des Herrn Hölz. Und Gewalt wird nicht nur geübt, in breiten Kreisen, links wie rechts, findet die Theorie der Gewalt volle Anerkennung. Seit am 9. November die Gewalt von unten die alte Ordnung weggefegt hat, hat ein Teil des deutschen Volkes, insbesondere auch ein Teil der konservativen Intelligenz, die Revolution in Permanenz erklärt. Sie begnügen sich nicht damit, die Revolution als Unglück zu betrachten —, daß es zur Revolution kommen mußte, ist sicher ein Unglück gewesen —, sondern sie stehen auf dem Standpunkt, daß das, was durch Gewalt zustande gekommen ist, auch jederzeit durch Gewalt wieder zerstört werden muß. Sie stellen das deutsche Staatswesen auf die schwankenden Grundlagen, die mittel-

Ein Vizepräsident der französischen Republik?

Die Krankheit Deschanels.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 1. Juni.

Aus Paris wird gemeldet: Da es jetzt einigermaßen zweifelhaft wird, ob Präsident Deschanel vorläufig seine Verpflichtungen wird voll erfüllen können und da es den Anschein hat, daß die Zeitungsvermutungen nicht nur aus der Luft gegriffen sind, wird die Frage erörtert, ob nicht das Amt eines Vizepräsidenten geschaffen werden könne. Nach dem „Petit Parisien" nimmt dieser Plan jetzt festere Formen an. Auch die Havas-Agentur meldet, daß man in politischen Kreisen die Absicht hege, beide Kammern zu einer gemeinsamen Sitzung zum Zwecke der Revision der Verfassung in Versailles zusammenzuberufen, um die Schaffung eines Vizepräsidentenpostens zu ermöglichen.

Paris, 1. Juni. (W. T. B.)

Präsident Deschanel wird heute im Elysee bei einem Ministerrat den Vorsitz führen. In dem Ministerrat betonte Ministerpräsident Millerand die Freude des ganzen Landes darüber, daß eine Erholungszeit von einigen Wochen genüge, um die Folgen des Unfalles völlig zu überwinden. (Diese Mitteilung steht einigermaßen im Widerspruch zu dem Gerücht, daß man die Schaffung eines Vizepräsidentenpostens plane. D. Red.)

Anklage gegen 50 deutsche Offiziere durch die Liller Kriegsgerichte.

Paris, 1. Juni. (W. T. B.)

Wie Havas aus Lille meldet, haben die Kriegsgerichte den Befehl erhalten, Strafverfahren gegen etwa 50 deutsche Offiziere einzuleiten wegen Mißhandlungen, Diebstahl, Plünderungen, deren sie sich während der Okkupation schuldig gemacht haben sollen. Die Angeschuldigten würden wohl in Abwesenheit abgeurteilt werden. Unter den Beschuldigten sollen sich befinden General Sixt v. Arnim und Oberst Blumenreuter.

Rücktrittsabsichten Lord Curzons?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 1. Juni.

Der französische drahtlose Dienst teilt mit, daß Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt Lord Curzons in Umlauf sind. Diese Mitteilung ist jedenfalls eine geeignete Maßnahme, diese Gerüchte möglichst zu verbreiten. Lord Curzon ist über das Erscheinen Krassins in London und seinen Empfang durch Lloyd George nicht entzückt, ebenso ist seine Lage erschwert durch die Bedrohung seiner ganzen Politik zwischen Indien und der Türkei durch den bolschewistischen Vormarsch, der Krassins Zwecke in London unterstützt. England wird dadurch vor Entscheidungen gestellt, die früher oder später zu großen Opfern an Menschen und an Geld führen werden. Lord Curzons Neigungen gehen entschieden auf eine kräftige Vertretung in Indien. Es ist anzunehmen, daß er angesichts der bestehenden Schwierigkeiten im Kabinett Widerstand gegen seine weitgreifende Politik findet und einer dieser Widerstände den Anlaß zu dem in Paris in Szene gesetzten Gerücht gegeben hat.

Generalstreik im Berliner Bankgewerbe?

Am Donnerstag Abstimmung in den Betrieben.

Die Zentralvorstände des Deutschen Bankbeamtenvereins und des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten nahmen gestern in einer gemeinsamen Sitzung im „Patzenhofer" Stellung zu dem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums. Nach längeren Verhandlungen wurde die nachstehende **Entschließung** gefaßt:

„Die Antwort des Reichsverbandes der Bankleitungen auf den Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums wird vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten und vom Deutschen Bankbeamtenverein als völlig ungenügend und lediglich als Verschleppungsversuch betrachtet. Die beiden Zentralvorstände haben daher heute **einmütig beschlossen, den Generalstreik zu empfehlen.**"

Wie uns der Allgemeine Verband noch mitteilt, findet heute abend 7 Uhr im Lustgarten eine Angestelltenversammlung statt, in der die Führer der beiden Verbände Marx (vom Allgemeinen Verband) und Max Fürstenberg (vom Deutschen Bankbeamtenverein) sowie noch in der Bankbeamtenbewegung bekannte Persönlichkeiten sprechen werden. Am morgigen Donnerstag findet in den Betrieben die Abstimmung statt.

*

Das Wolffsche Bureau meldet: Der Reichsverband der Bankleitungen hat den Vorschlägen des Reichsarbeitsministeriums für eine Einigung im Bankgewerbe, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, zwar nicht zugestimmt, die Einschränkungen, die er zu den Vorschlägen gemacht hat, sind aber derart, daß dem Reichsarbeitsministerium die **Grundlage für eine Fortführung der Einigungsverhandlungen gegeben erscheint.** Das Reichsarbeitsministerium hat daher die Parteien für Donnerstag zu einer Besprechung geladen, in der wenigstens eine vorläufige Erledigung der schwebenden Streitfragen zu erhoffen ist.